

Weniger Gewinn, mehr Service public für SBB und Post?

Autor(en): **Stalder, Sara / Ginetta, Pascal**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **90 (2012)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-725748>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weniger Gewinn, mehr Service public für SBB und Post?

Die Kundenzeitschriften K-Tipp und Saldo sammeln Unterschriften: Die Bundesfirmen wie Swisscom, Bahn und Post sollen den Service public steigern statt den Gewinn. Fortan würden keine Gewinnüberschüsse mehr in die Staatskasse fließen. Wie sinnvoll oder wie unsinnig ist diese Volksinitiative?

Der Bund budgetiert für 2013 ein Defizit von 400 Millionen Franken und muss nicht nur sparen, sondern auch dafür besorgt sein, dass mehr Geld in seine Kasse fliesst. Und da die Post im letzten Jahr einen Gewinn von 904 Millionen Franken ausgewiesen hat, ist es naheliegend, hier noch etwas mehr abschöpfen zu wollen.

Mit Preiserhöhungen etwa für eingeschriebene Briefe, Feriennachsendungen oder Nachsendeaufträge und mit neuen Gebühren für Postfächer und mit Serviceabbau will die Post nochmals zusätzliche 60 Millionen Franken höhere Einnahmen generieren und davon entsprechenden Gewinn abschöpfen.



Sara Stalder

Dafür

Geschäftsleiterin
Stiftung für
Konsumenten-
schutz,
[www.konsumenten-
schutz.ch](http://www.konsumenten-
schutz.ch)

Auch der Personenverkehr der SBB ist mit 214 Millionen Franken deutlich in den schwarzen Zahlen. Die Bilanz der Reisenden sieht weniger positiv aus: Die Sparmassnahmen sieht man den Zügen und vor allem den Toiletten an, bediente Bahnhöfe werden selten, wer noch offen hat, macht morgens später auf, um abends früher zu schliessen. Zudem darf man ohne Billett nicht mehr in die Fernzüge einsteigen: Kondukteure verkaufen Fahrkarten nur gegen eine saftige Busse. Nicht zu reden davon, dass im öffentlichen Verkehr auch in den nächsten Jahren massive Preissteigerungen angekündigt sind.

Jede Dienstleistung hat ihren Preis. Die bundesnahen Unternehmen wie Swisscom, SBB oder die Post sollen aber nicht als Melkkühe für die Bundeskasse dienen, sie müssen dem Service-public-Auftrag treu bleiben, gerade auch in Regionen und in Bereichen, wo es etwas kostet. Mit den Steuern bezahlen wir bereits unseren Beitrag, ich will nicht mit jeder Briefmarke und jedem SBB-Billett nochmals den Steuertopf speisen. SBB, Post und Co. sollten ihren Kunden, nicht der Steuerkasse des Bundes verpflichtet sein!

Es ist unbestritten, dass ein gut funktionierender Service public wichtig für die Gesellschaft ist. Dabei darf man aber nicht ausblenden, dass es sich um die Bereitstellung von Leistungen handelt, die produziert werden müssen, Kosten verursachen und auch einen Wert haben. Gerade weil es sich um wichtige Leistungen handelt, sollte eine möglichst hohe Qualität zu einem möglichst guten Preis angestrebt werden. Geklärt werden muss ausserdem der Umfang der Dienstleistungen. Ist High-speed-Internet in der Berghütte gleich essenziell wie die Notfallversorgung? Auf diese Schlüsselfrage gibt die Initiative leider keine



Pascal Gentinetta

Dagegen

Antwort. Eine Verankerung in der Verfassung hilft hier auch nicht weiter.

Gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut. So verhält es sich auch mit der gut gemeinten «Service public»-Initiative. Die hohe Qualität unseres Service public ist international anerkannt. Ebenso der hohe Preis, den wir dafür zahlen. Es liegt im Interesse unserer Volkswirtschaft, dass auch bei der Bereitstellung von Service-public-Leistungen das beste Preis-Leistungs-Verhältnis angestrebt wird. Dieses erreicht man eher über einen funktionierenden Wettbewerb als über zentralstaatlich gesteuerte Eingriffe. Die Service-public-Leistungen müssen deshalb so marktnah und effizient wie möglich gestaltet werden.

Marktfremde Vorgaben zu Löhnen und Honoraren sowie das Verbot der Gewinnerzielung schmälern den Anreiz, mit (technologischen) Innovationen eine politisch definierte Leistung möglichst günstig zu erbringen. Ohne Anreize kann keine Leistung zur besten Qualität und zum besten Preis sichergestellt werden. Gute Leistung muss deshalb durch Gewinnchancen und adäquate Löhne belohnt werden – auch beim Service public.

Vorsitzender der
Geschäftsleitung
Economiesuisse,
www.economiesuisse.ch